

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	002/0155/2011
	Erstelldatum:	öffentlich
	Aktenzeichen:	09.11.2011
Haushalt der Stadt Amberg und der Otto-Karl-Schulz-Stiftung für das Haushaltsjahr 2012		
Referat für Finanzen, Wirtschaft und Europaangelegenheiten Verfasser: Herr Josef Weigert		
Beratungsfolge	17.11.2011	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Sachstandsbericht:

Mit Schreiben vom 18.10.2011 wurde den Stadtratsmitgliedern der Haushaltsentwurf 2012 mit Finanzplanung bis 2015 vorgelegt, mit folgenden Endzahlen:

	Einnahmen / Ausgaben	
	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
2012	95.189.575 €	21.411.302 €
2013	99.195.565 €	16.682.002 €
2014	101.982.465 €	15.333.004 €
2015	104.313.365 €	14.934.004 €

Durch zwischenzeitlich eingetretene Änderungen haben sich verschiedene Ansätze, wie in der Anlage 1 dargestellt, entsprechend vermindert oder erhöht.

Verwaltungshaushalt

Die Mehr- bzw. Minderausgaben wurden im Verwaltungshaushalt durch höhere Zuführungen zum Vermögenshaushalt ausgeglichen. Die Mindestzuführungen werden in jedem Fall erreicht.

Durch die Änderungen ergeben sich folgende neue Endsummen:

2012	95.289.575 €
2013	99.295.565 €
2014	102.082.465 €
2015	104.413.365 €

Vermögenshaushalt

Die einzelnen Veränderungen sind in der beiliegenden Fortschreibungsliste (Anlage 1 / Ziffer 2) dargestellt. Eine Darlehensaufnahme ist nicht notwendig.

Es ergeben sich folgende neue Endsummen:

2012	21.622.702 €
2013	17.424.702 €
2014	16.028.004 €
2015	15.019.304 €

- Anlage 1: 1 Fortschreibungsliste vom 10.11.2011
 Anlage 2: 1 Anforderungsliste Anträge Dritter vom 10.11.2011

17.11.2011 Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss
 SI/HA/66/11

Beschluss:

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den fortgeschriebenen Haushalt 2012 sowie die fortgeschriebene Finanzplanung 2013 – 2015 der Stadt Amberg zu beschließen.

Der Haushalt 2012 und die Finanzplanung 2013 – 2015 sind jeweils ausgeglichen und schließen im Einzelnen wie folgt ab:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
2012	95.289.575 €	21.584.002 €
2013	99.295.565 €	17.774.702 €
2014	101.682.465 €	15.084.904 €
2015	104.013.365 €	14.665.604 €

Darüber hinaus empfiehlt der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss dem Stadtrat, den Haushalt 2012 sowie die Finanzplanung 2013 – 2015 der Otto-Karl-Schulz-Stiftung in der Fassung des Entwurfs vom 14.11.2011 zu beschließen.

Wortprotokoll H. Weigert, Ref. 2:

Nach einer kurzen Einführungsrede von OB Dandorfer und Stadtkämmerer Mertel (liegen beide dem Protokoll in Kopie bei) wurde die Haushaltsberatung eröffnet.

Vorgelegter Haushaltsentwurf

Der mit Schreiben des Herrn Oberbürgermeister vom 18.10.2011 den Stadtratsmitgliedern übersandte Entwurf des Haushalts 2012 der Stadt Amberg (Stand: 14.10.2011) mit den

zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen (Fortschreibungsliste Stand: 10.11.2011), wie im Sachstandsbericht dargestellt und den in der Tischvorlage vom 16.11.2011 dargestellten Änderungen diene zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

Anfrage Herr Stadtrat Hottner zum Defizit beim forstwirtschaftlichen Unternehmen „Stadtkammerwald“

Die Anfrage von Herrn Stadtrat Hottner zu den Gründen für das Defizit (im Haushaltsentwurf 2012 in Höhe von 131.100 €) beim „Stadtkammerwald“ (Haushalts-Unterabschnitt 8551, FAB 11.240.400) sowie zu den beabsichtigten Gegenmaßnahmen soll als eigener Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses beantwortet werden.

Erhöhung der Bezirksumlage 2012

Nach einer kurzen Erläuterung der Änderungen in der Fortschreibungsliste und in der Tischvorlage gibt Stadtkämmerer Mertel die voraussichtlichen Auswirkungen der vorläufigen Umlagekraftzahlen für das Jahr 2012 auf die Höhe der Bezirksumlage 2012 (Ansatz im Haushaltsentwurf 2012 in Höhe von 6.000.000 € / HHSt. 0.9000.8325) mündlich bekannt:

Die Höhe der von den kreisfreien Städten und Landkreisen zu zahlenden Bezirksumlage wird auf der Basis ihrer Umlagekraft berechnet.

Ausgehend von einer Bezirksumlage von rd. 142 Mio. Euro und einer Steigerung der Umlagekraft zum Jahr 2011 von rd. 24 % für Amberg, 30 % für Regensburg sowie 10 % für Weiden und die Landkreise ergab sich für Amberg eine Bezirksumlage von 6 Mio. Euro, die entsprechend im Entwurf des Haushalts 2012 veranschlagt wurde.

Mit Schreiben vom 11.11.2011, eingegangen bei der Stadt am 15.11.2011, hat das Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nunmehr die vorläufigen Umlagekraftzahlen für das Jahr 2012 mitgeteilt.

Diese betragen

für Amberg rd. 39,9 Mio. Euro (+ 26,5 %)
für Regensburg rd. 177 Mio. Euro (+ 27,8 %)
für Weiden rd. 38,4 Mio. Euro (+ 2,6 %) und
für die Landkreise rd. 600 Mio. Euro (+/- 0,00 %).

Durch die geringere Steigerung bei der Stadt Weiden und die Stagnation bei den Oberpfälzer Landkreisen verschieben sich bei einer angenommenen Bezirksumlage von 142 Mio. Euro die Anteile entsprechend. Für Amberg steigt der Anteil auf 6,66 Mio. Euro.

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass die Höhe der Bezirksumlage insgesamt aber auch noch nicht feststeht. Entscheidend hierfür sind die Ergebnisse der Finanzausgleichsgespräche der kommunalen Spitzenverbände mit dem Bayer. Finanzministerium, in denen auch über eine Erhöhung der Ausgleichsbeträge nach Art. 15 FAG für die Bezirke verhandelt wird.

Die Finanzausgleichsverhandlungen haben am 16.11.2011 stattgefunden. Verwertbare Ergebnisse liegen zum Zeitpunkt der Sitzung des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses am 17.11.2011 noch nicht vor.

Auch liegen konkrete Zahlen des Bezirks für 2012 noch nicht vor.

Da nach derzeitigem Stand aber davon auszugehen ist, dass der Ansatz für die Bezirksumlage im Haushalt 2012 nicht reichen wird, andererseits aber auch die letztendliche Höhe der Schlüsselzuweisungen, des Einkommenssteueranteils und anderer Steuern bzw. Finanzausgleichsleistungen nicht feststeht, wird Folgendes vorgeschlagen:

Soweit und solange anderweitig keine Deckung der Mehrausgaben möglich ist, sind, in Absprache zwischen Referat 5 und Referat 2, entsprechende Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. Euro bzw. in Höhe der Mehrausgaben der Bezirksumlage zu sperren, damit diese 2012 nicht kassenwirksam werden. Soweit entsprechende Mehreinnahmen vorliegen, vermindert sich der zu sperrende Betrag. Die betroffenen Haushaltsstellen und Maßnahmen sowie die jeweiligen Beträge sind dem Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss spätestens in der Sitzung im Januar 2012 zur Entscheidung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dies hat folgenden Effekt:

Notwendige Maßnahmen können begonnen werden, lediglich mit einer kurzen zeitlichen Verzögerung. Soweit Mehreinnahmen anfallen, können diese Sperren sofort wieder aufgehoben werden. Der Haushaltsausgleich ist sichergestellt.

Der Vorschlag wird angenommen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Behandlung der vorliegenden Anträge der ödp

Die folgenden drei Anträge, jeweils vom 14.11.2011, jeweils per e-mail am Montag, 14.11.2011 an Herrn Oberbürgermeister gesandt, sind für die Sitzung am Donnerstag, 17.11.2011 zu spät eingegangen und werden deshalb in der nächsten Sitzung des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses behandelt:

- Umsetzung von Konzepten und Kostenmanagement
- Parkraummanagement /-leitkonzept
- Hochwasserschutzkonzept Vils

Behandlung der vorliegenden Anträge der CSU- bzw. der SPD-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf

1. Sportpflege und –förderung

1.1. Zuschuss an den Stadtverband für Sport („Kopfquote“ für Sportvereine) (HHSt. 0.5511.7093):

Um das ehrenamtliche Engagement zu honorieren und insbesondere die wichtige Arbeit der Sportvereine im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung zu fördern, stellt die Stadt Amberg jährlich einen Gesamtbetrag bereit, der nach einer sog. Kopfquote jeweils auf die Sportvereine aufgeteilt und ausgezahlt wird.

Dieser Gesamtbetrag wurde in den vergangenen Jahren jeweils wie folgt erhöht:

Haushalt 2009	von 16.900 € auf 20.000 €
Haushalt 2010	von 20.000 € auf 30.000 €
Haushalt 2011	von 30.000 € auf 37.500 €

Damit die Kopfquote schließlich für Kinder und Jugendliche auf 10 € sowie für Erwachsene auf 1 € angehoben werden kann, wird der Gesamtbetrag im Haushalt 2012 nochmals um 6.500 € auf jährlich 44.000 € aufgestockt.

1.2. Repräsentationsfonds
(HHSt. 0.5511.6321)

Der sog. Repräsentationsfonds des Stadtverbandes für Sport wird von veranschlagten 300 € auf 500 € erhöht.

1.3. Fahrtkostenzuschüsse
für die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Deutschen Meisterschaften
(HHSt. 0.5531.7099)

Damit künftig auch die Fahrtkosten von Kindern und Jugendlichen für die Teilnahme an Deutschen Meisterschaften bezuschusst werden können, wird hierfür erstmals im Haushalt 2012 ein jährlicher Betrag von 2.000 € eingestellt, der nur zweckgebunden verwendet werden darf.

Da das Schul- und Sportamt derzeit Sport-Förderrichtlinien erarbeitet, ist die Auszahlung dieser Mittel solange gesperrt, bis mit diesen Richtlinien u. a. geregelt ist, welche Stelle (Stadt / Amt 6.2 oder Stadtverband für Sport) darüber verfügen darf.

Hierüber ist in einer der nächsten Sitzungen des Schul- und Sportausschusses bzw. des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses zu entscheiden.
(Abstimmungsergebnis: 1.1 – 1.3 jeweils 10 : 0)

2. Planungsmittel für Hochwasserschutzmaßnahmen
(HHSt. 1.7000.9590)

Anlässlich der Überflutungen durch das Jahrhundertregen-Ereignis im Stadtnorden am 02.09.2011 wurden bereits von der Verwaltung Planungsmittel für entsprechende Hochwasserschutzmaßnahmen im Haushalt 2012 in Höhe von 55.000 € eingestellt.

2.1. Lt. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011 sollen im Vorgriff auf den Haushalt 2012 ca. 25.000 € bereits im laufenden Haushaltsjahr 2011 für die Planung eines Maßnahmenkonzeptes zum Schutz vor Hangwasser rund um den Mariahilfberg bereitgestellt werden.

Da der Bauausschuss in seiner Sitzung am 16.11.2011 die Vergabe eines entsprechenden Planungsauftrages beschlossen hat, ist diesem Antrag insoweit bereits Rechnung getragen.

2.2. Laut Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 soll ein Gesamtgutachten Hochwasserschutz für die Stadt Amberg erarbeitet werden, auf dessen Grundlage entsprechende Maßnahmen zum Hochwasserschutz eingeleitet werden sollen.

Das Gutachten soll insbesondere die Gebiete um den Mariahilfberg (siehe insoweit auch Ziffer 2.1 / CSU-Antrag), den Erzberg, Gailoh und Krumbach erfassen.

Im Hinblick auf diesen weitergehenden Antrag wurde beschlossen, das Wasserwirtschaftsamt Weiden bzw. Herrn Schobert von der Regierung der Oberpfalz in eine der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und

Finanzausschusses einzuladen, um die Gesamtkonzeption der Hochwasserschutzplanung für das Stadtgebiet Amberg vorzustellen, da für entsprechende Maßnahmen an den jeweiligen Gewässern 2. und 3. Ordnung verschiedene Zuständigkeiten (Freistaat Bayern, Gemeinden) bestehen.

(Abstimmungsergebnis: 2.1 / 2.2 – jeweils 10 : 0)

3. Bewegungspark für Senioren
(HHSt. 1.4608.9360)

Für die Errichtung eines neu anzulegenden Bewegungsparks für Senioren (z.B. im Bereich um das „ACC“) werden einmalig zweckgebunden 40.000 € bereitgestellt.

Hierfür wird die HHSt. 1.4608.9360 (Einrichtung der Jugendarbeit / Spielplätze; Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens – Ersatzbeschaffung - / Erneuerung von Spielgeräten) im Haushalt 2012 von 120.000 € auf 160.000 € aufgestockt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

4. Anliegertreffpunkt im Bereich des Bebauungsplanes Martinshöhe II

Im Bereich des Bebauungsplanes Martinshöhe II soll ein geeigneter Platz möglichst naturnah, ohne größere Spielgeräte zum Treffpunkt für „Groß und Klein“ ausgebaut werden, wobei sowohl Planung als auch Realisierung gemeinsam mit den Anwohnern in Angriff genommen werden sollen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines derartigen Spiel- und Treffpunktes zu prüfen und eine geeignete Fläche vorzuschlagen.

Zur Realisierung sollen Mittel aus dem Bereich „Spielplätze (HHSt. 1.4608.9360) zur Verfügung gestellt werden.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

5. Verkehrs- und Schulwegsicherheit / Anschaffung und Einsatz weiterer Geräte zur Verkehrszählung und Geschwindigkeitsmessung
(HHSt. 1.1122.9352 und HHSt. 0.1122.6320)

Gemäß Beschluss des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses vom 09.11.2010 wurde im Haushalt 2011 für die Anschaffung mobiler Geräte zur Verkehrszählung und Geschwindigkeitsmessung auf der HHSt. 1.1122.9352 ein Betrag von 15.000 € bereitgestellt und die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Überprüfung und Planung der Verkehrssicherheit zu erarbeiten.

Der Verkehrsausschuss hat daraufhin am 20.07.2011 ein zunächst auf drei Jahre befristetes „Pilotprojekt zu mobilen Geschwindigkeits-Messstellen“ beschlossen, wonach Verkehrsmengen und Geschwindigkeiten, insbesondere in Wohngebieten, im Bereich von Schulen, Kindergärten und Altenheimen gemessen und dabei sowohl die Verkehrszählungsfunktion als auch die Visualisierung der gefährdeten Geschwindigkeiten abgedeckt werden.

Die entsprechenden Gerätekomponenten wurden mittlerweile im September / Oktober 2011 beschafft und stehen für den Einsatz zur Verfügung. Hierfür sind einschl. Zubehör (z.B. Laptop) bisher Anschaffungskosten von rd. 5.700 € verausgabt worden.

Die für den regelmäßigen Einsatz der Geräte anfallenden, laufenden Betriebs- bzw. Folgekosten (insbesondere für Auf- und Abbau der Messstellen, Datenauslesen, Gerätewartung etc.) wurden jedoch bisher im Haushalt nicht berücksichtigt bzw. waren bis vor kurzem nicht bekannt.

Um Daten über die objektive Darstellung der Verkehrssituation in kritischen, z.B. auch von Bürgern genannten Bereichen an die Polizei weitergeben zu können, mit der Bitte, dort gezielte Verkehrskontrollen durchzuführen, sollten lt. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011 im Haushalt 2012 erneut Mittel in Höhe von 15.000 € zur Verfügung gestellt werden, damit weitere mobile Verkehrszähl- und Geschwindigkeitsmessgeräte angeschafft werden können.

5.1. Anschaffungskosten
(HHSt. 1.1122.9352)

Abweichend von dem o. g. Antrag sollen für die Anschaffung von 2 weiteren Geräten bzw. Messstellen-Einheiten die Haushaltsreste 2011 (rd. 9.300 €) aufgebraucht werden.

Ein erneuter Ansatz wird deshalb im Haushalt 2012 nicht eingestellt.

5.2. Betriebs- und Folgekosten
(HHSt. 0.1122.6320)

Abweichend bzw. ergänzend zu dem o. g. Antrag werden die genannten Mittel (15.000 €) nicht für Neuanschaffungen von Geräten eingeplant, sondern wird für laufende Betriebs- und Folgekosten ab dem Haushalt 2012 ein jährlicher Ansatz von 15.000 € bei der HHSt. 0.1122.6320 eingestellt.

Der Einsatz der Geräte (Umsetzungsturnus) liegt im Rahmen dieser Mittel im Ermessen der Verkehrsbehörde.

Zu diesem TOP entwickelte sich eine ausführliche Debatte, an der sich insbesondere folgende Stadträte beteiligten: Helmut Wilhelm, Martin Preuß, Michael Cerny, Dr. Klaus Ebenburger, Dieter Mußemann, Klaus Mrasek, Brigitte Netta.

StR Wilhelm forderte den Wiedereinstieg in die Verkehrsüberwachung durch die Kommune.

OB Dandorfer erklärte, dass dies keine Aufgabe der Kommune sei, sondern des Freistaates Bayern. Eine bessere Lösung sei seiner Meinung nach ein Zweckverband, wie der bereits bestehende „ZV Oberland“.

(Abstimmungsergebnis zu 5.1 und 5.2: Zustimmung: 7, Ablehnung: 3)

6. Planungsmittel für den Neubau einer Turnhalle bei der Dreifaltigkeitsschule
(HHSt. 1.2121.9620)

Auf Antrag vom 28.03.2011 (SPD-Stadtratsfraktion) bzw. 28.10.2011 (CSU-Stadtratsfraktion) wird beschlossen, für den Neubau einer Turnhalle bei der Dreifaltigkeitsschule entsprechende Mittel im Haushalt 2012 bzw. in der Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.

(Abstimmungsergebnis jeweils 10 : 0)

Da die Verwaltung im Haushaltsentwurf 2012 bei der HHSt. 1.2121.9420 bereits entsprechende „Planungsmittel“ in Höhe von 200.000 € eingestellt hat, ist beiden Anträgen insoweit bereits Rechnung getragen.

Die für die weitere Abwicklung notwendigen Mittel sind in den Folgejahren bereitzustellen.

7. Inklusion

7.1. Bildungseinrichtungen als inklusive Einrichtungen

Mit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, Schritt für Schritt ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Das heißt, dass auf Wunsch möglichst alle Kinder und Jugendlichen ungeachtet einer möglichen Behinderung gemeinsam wohnortnahe Regeleinrichtungen, insbesondere Schulen, besuchen können.

Auf Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011 wird die Öffnung der Bildungseinrichtungen zu „inklusive Einrichtungen“ befürwortet. Allerdings ist festzustellen, dass hierzu vor allem der Freistaat Bayern gefordert ist.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

7.2. „Lokaler Aktionsplan Inklusion, Teilhabe, Barrierefreiheit“

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 soll das Thema „Inklusion“ als Querschnittsaufgabe in der Arbeit der Stadtverwaltung verankert werden. Ziel ist es, in einem gemeinsamen Prozess mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie den jeweiligen Interessenvertretungen in Teilschritten einen „Aktionsplan Inklusion, Teilhabe, Barrierefreiheit“ zu erstellen.

Bei der Inklusion geht es darum, die gesellschaftlichen Strukturen so zu gestalten und zu verändern, dass sie der Vielfalt der menschlichen Lebenslagen von Anfang an Rechnung tragen und diese somit allen Menschen – auch Menschen mit Behinderungen und Unterstützungsbedarf – gleichermaßen zugänglich sind.

Dies betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens:

Anfangen vom Besuch der gemeinsamen Kindertagesstätte, einer gemeinsamen Schule, der Information und Kommunikation bis hin zum Wohnen, Arbeiten, der Freizeitgestaltung und zur Selbstbestimmung bis ins hohe Alter.

Aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion ergeben sich für diesen Prozess folgende, erste Umsetzungsansätze:

- Barrierefreiheit aller öffentlichen Gebäude
- barrierefreies Einkaufen
- barrierefreier Wohnraum
- selbstbestimmtes Wohnen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

8. Parkplatzsituation im Bereich Gregor-Mendel-Gymnasium / Berufsschulzentrum

Während der Unterrichtszeiten kommt es im Bereich des Gregor-Mendel-Gymnasiums und des Beruflichen Schulzentrums immer wieder zu chaotischen und beengten Situationen durch parkende Autos, die insbesondere die Anlieger in den nahen Anwohnerstraßen stark belasten.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Problematik als vordringliche Aufgabe der Stadtentwicklung aufzunehmen und geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, die zu einer Entlastung der Parkplatznot im Bereich der größten Amberger Schulen führen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

9. Friedhöfe

(HHSt. 1.7512.9450: Einrichtung des Bestattungswesens; Erweiterungs-, Umbau und Ausbauten / Friedhofskonzept):

9.1. Stelen und Ruhebänke für den Friedhof Ammersricht

(Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011)

Aufgrund der weiter steigenden Tendenz zur Urnenbestattung stehen im Friedhof Ammersricht derzeit keine freien Urnenstelen mehr zur Verfügung.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, im Friedhof Ammersricht neue Urnenstelen zu errichten.

Dabei soll auch überprüft werden, inwieweit Urnen alternativ in nicht mehr genutzten Grabfeldern, z.B. in Urnenkammern, bestattet werden können.

Um den Ammersrichter Friedhof auch als Park- und Naherholungsfläche aufzuwerten, wird die Verwaltung ferner beauftragt, dort weitere Ruhebänke aufzustellen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Wegen der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel ist zuvor unter Angabe der berechneten Kosten eine Abstimmung mit der Kämmerei erforderlich (siehe auch Ziffer 9.2!).

9.2. Aufstellung von Ruhebänken auf dem Katharinenfriedhof und auf anderen Friedhöfen

(Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011)

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Katharinenfriedhof zwei Ruhebänke entlang des Weges vom Eingang beim Kreisverkehr bis zum Leichenhaus aufzustellen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die Notwendigkeit zusätzlicher Ruhebänke auch in den anderen Friedhöfen zu überprüfen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Wegen der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel ist zuvor unter Angabe der berechneten Kosten eine Abstimmung mit der Kämmerei erforderlich (siehe auch Ziffer 9.1!).

10. Radwegenetz, Fahrradständer, Stromtankstellen

Der Verkehr spielt im Hinblick auf die Energiewende eine große Rolle. Deshalb müssen Anreize und Voraussetzungen geschaffen werden, um z.B. das Fahrradfahren attraktiver zu gestalten. Gleichzeitig kann durch entsprechende Maßnahmen auch der Radtourismus gefördert werden.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt,

- a) das bestehende Fahrradwegenetz zu ergänzen und zu optimieren (Schließung von Lücken im Radwegenetz, Ergänzung bzw. Optimierung der Beschilderung etc.),
- b) die Fahrradständer in der Innenstadt und im Bereich des Fünf-Flüsse-Radweges auszubauen und
- c) Überlegungen anzustellen, wo Stromtankstellen für E-Bikes eingerichtet werden können, um auch der E-Mobilität Rechnung zu tragen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

11. Um- und Ausbau des Feuerwehrhauses Gailoh

(HHSt. 1.1311.9451 – Ansatz: 40.000 €)

Die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften untersagen, die Schutzanzüge der Feuerwehrleute zusammen mit den Fahrzeugen in einem Raum aufzubewahren.

Um diese Schutz- und Sicherheitsstandards auch für die FFW Gailoh erfüllen zu können, ist der Anbau eines Umkleideraumes unabdingbar.

Da sich die FFW Gailoh bereiterklärt hat, den neuen Umkleideraum überwiegend in Eigenleistung zu errichten, werden für die FFW Gailoh Mittel in Höhe von 40.000 € (hauptsächlich für Materialkosten) im Haushalt 2012 bereitgestellt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Nachdem die Verwaltung für diesen Zweck bereits Mittel in Höhe von 40.000 € bei der HHSt. 1.1311.9451 im Haushaltsentwurf 2012 eingestellt hat, ist diesem Antrag insoweit bereits Rechnung getragen.

12. Bau- und Kulturdenkmal Gropius - „Glaskathedrale“

Die „Glaskathedrale“ von Bauhausgründer Walter Gropius im Stadtteil „Am Bergsteig“ ist ein herausragendes architektonisches Werk, das sowohl bei Einheimischen, als auch bei Besuchern und Gästen der Stadt bisher kaum Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, dieses Gebäude als Bau- und Kulturdenkmal der Stadt herauszustellen:

Hierzu könnten zum einen eine Beschilderung (z. B. auch mit Informationstafeln)

und zum anderen ein entsprechender Flyer in der Tourist-Info beitragen.

In diesem Zusammenhang wäre es auch denkbar, die Geschichte der Glasherstellung in Amberg (z. B. auch in Form einer oder in Verbindung mit einer Ausstellung) mit aufzugreifen und darzustellen.

OB Dandorfer erklärte, dass man diesen Antrag auch in die Liste der Straßennamen aufnehmen könne, also bei geeigneter Gelegenheit eine „Walter-Gropius-Straße“ zu benennen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

13. „Stadtwerke der Zukunft“

Der Stadtwerke Amberg GmbH kommt bei der „Energiewende“, dem Umstieg auf alternative und erneuerbare Energien, eine zentrale Rolle zu. Sie hat die Möglichkeit, vom Energieverteiler zum Energieerzeuger zu werden.

Ziel ist es, dass sich die Stadtwerke nicht nur an alternativen Energieformen beteiligen, sondern erneuerbare Energie selbst produzieren, z. B. durch die Errichtung und dem Betrieb eigener Windkraftwerke. Die Stadt Amberg als Alleingesellschafterin formuliert Zieldefinitionen zu folgenden Fragen:

- Wie sehen die Stadtwerke der Zukunft aus?
- Wo engagieren sich die Stadtwerke in der Region?

Hierzu soll das Thema vom Geschäftsführer der Stadtwerke in einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen der Stadtwerke behandelt und darüber anschließend im Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss berichtet werden, damit entsprechende Zieldefinitionen durch die Gesellschafterin erfolgen können.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

14. Erweiterung und Schaffung neuer Gewerbe- bzw. Industriegebiete

- 14.1. Die Ansiedlung eines interessierten Unternehmens darf nicht an fehlenden Industrieflächen scheitern.

Daher ist die Ausweisung des interkommunalen Industriegebietes „Atzlracht“ so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, dem Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss in einer der nächsten Sitzungen eine aktualisierte „Meilensteinplanung“ zur Realisierung des Industriegebietes „Atzlracht“ vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis Zustimmung: 7 - Ablehnung: 3)

- 14.2. Für expandierende Handwerksbetriebe müssen ebenfalls ausreichend Flächen zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, dem Bauausschuss im 1. Halbjahr 2012 entsprechende Planunterlagen zur Erweiterung des Handwerkergebietes Gailoh vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

- 14.3. Bei der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen ist der Reaktivierung von Brachflächen der Vorzug zu geben (z. B. Gewerbegebiet entlang der Bayreuther Straße / Neumühle).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

15. Weitere, aktive Baulandausweisung

Zur Fortsetzung der familienfreundlichen Ansiedlungspolitik wird die Verwaltung beauftragt,

- o für die bereits in Planung befindlichen Baugebiete

„Amannstraße“
 „Schnaittenbacher Straße“
 „Martinshöhe III“
 „Krumbach – Espan“ und
 „Kennedystraße – West“

die Erschließung möglichst rasch umzusetzen,

- o die Ausweisung von weiterem attraktiven Bauland planerisch voranzutreiben (z. B. die Verlängerung der Stauffenbergstraße in Richtung Haager Weg) und die entsprechenden Planungen dem Bauausschuss vorzulegen.

Das Baulandprogramm soll auch für zukünftige Baugebiete weiterhin Anwendung finden.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

16. Revitalisierung der Immobilie „Forum“

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011 wird nicht im Rahmen des Haushalts 2012, sondern als eigener Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses behandelt.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

17. Behördenverlagerungen nach Amberg intensivieren

(Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011)

Da die Stadt Amberg in den letzten Jahren mehrere Behörden (z. B. Bergamt, Eichamt, Zollamt, Wasserwirtschaftsamt, Polizeidirektion) verloren hat, wird die Verwaltung beauftragt, darauf einzuwirken, dass die Stadt Amberg bei Behördenverlagerungen durch den Freistaat Bayern berücksichtigt wird (z. B. bei der Ansiedlung bzw. Beibehaltung der Finanzkasse beim Finanzamt) (siehe auch Ziffer 18).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

18. Nutzung des Areals der Leopoldkaserne

(Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 – bereits zuvor separat, außerhalb des Haushalts 2012, behandelt (siehe Beschlussvorlage vom 09.11.2011/Nr. OB/0003/2011, „Weiteres Vorgehen Leopoldkaserne“ (TOP 8)).

Zu diesem Antrag vom 01.11.2011,

sich zeitnah mit Überlegungen über eine zukünftige Nutzung des Areals der heutigen Leopoldkaserne zu beschäftigen, und

sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Amberg Bundes- oder Landesmittel für die Neugestaltung des Areals der Leopoldkaserne erhält, wurde bereits unter TOP 8 der Hauptverwaltungs- und Finanzausschusssitzung im Wesentlichen beschlossen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, eine Entwicklungssatzung zu erlassen, um einen entwicklungsunabhängigen Wert ermitteln zu können.
- Der Stadtrat (siehe auch TOP 3 in der nächsten Sitzung am 28.11.2011) fordert eine umfangreiche Unterstützung von Bund und Land bei der Umsetzung einer zivilen Nutzung.
- Die Stadt Amberg erwartet im Falle von Konversionsmaßnahmen eine Berücksichtigung der kommunalen Belange durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

Ein konkreter Zeitplan bzw. Termin für die Schließung der Leopoldkaserne (vermutlich 2014/2015) ist derzeit noch nicht absehbar.

Im Dezember 2012 findet in Amberg ein Gesprächstermin mit dem Leiter der Staatskanzlei, Herrn Staatsminister Thomas Kreuzer zum Thema Bundeswehrreform/ Kasernenschließung statt, bei dem Herr Oberbürgermeister die genannten Beschlüsse vorbringen wird.

19. Weitere Planungen für den Stadtteil Luitpoldhöhe

Lt. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 sollte

- a) die Verwaltung zeitnah die nächsten Schritte für das städtebauliche Plankonzept für den Stadtteil Luitpoldhöhe bekanntgeben und sollten die dafür notwendigen Haushaltsmittel in den Haushalt 2012 eingestellt werden und
- b) die weitere Planung in Sachen Fortsetzung der Nordwestumgehung erläutert werden.

Abweichend von diesem Antrag soll eine ausführliche Berichterstattung im Bauausschuss erfolgen, nachdem der kommissarische Baureferent, Herr Wiegel, kurz einige Maßnahmen (insbesondere die Deckschichtenerneuerung bei der Dr.-Robert-Strell-Straße sowie die neue Kanaltrasse über das Gelände der Luitpoldhütte) erläutert und auf die Ausbaubeitragsproblematik bei Straßen hingewiesen hat.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass die „Nordwestumgehung“ derzeit kein Thema ist und eine entsprechende Planung nicht weiter betrieben wird.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

20. Unterstützung für den Stadtjugendring (SJR)

Nach dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 sollte u. a. im Hinblick auf die Mitwirkung bei der im Rahmen der Bildungsleitplanung gebildeten Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Ganztagesesschule“ sowie die damit verbundenen, späteren Aufgaben

- a) eine Verdoppelung der Arbeitszeit der beim SJR tätigen Verwaltungskraft von 5 auf 10 Stunden und
- b) ab dem Haushalt 2012 eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses der Stadt Amberg um 1.900 € von 20.000 € auf 21.900 € (siehe HHSt. 0.4682.7092) erfolgen, um den Handlungsspielraum des SJR entsprechend zu vergrößern.

Abweichend von diesem Antrag wird

- a) die beantragte Erhöhung der Arbeitszeit der Verwaltungskraft zur Entscheidung in den Personalausschuss verwiesen (siehe auch Ziffer 25.2) und
- b) die Entscheidung über eine Anhebung der Mittel zurückgestellt, bis entsprechende Erkenntnisse bzw. Ergebnisse aus dem Bildungsbericht vorliegen.

Somit bleibt es im Haushalt 2012 zunächst bei dem bisherigen Zuschuss in Höhe von 20.000 € (HHSt. 0.4682.7092).

(Abstimmungsergebnis jeweils 10 : 0)

21. Finanzielle Unterstützung des Luftmuseums
(HHSt. 0.3203.7090)

Durch den beim Brand am 25. Juni 2011 entstandenen Schaden, der durch die Versicherungsleistungen nicht vollständig ersetzt wurde und den Ausfall der Eintrittsgelder während der Sanierungsarbeiten, ist der Trägerverein des Luftmuseums in finanzielle Bedrängnis geraten und auf Unterstützung angewiesen.

Aufgrund seiner mittlerweile erlangten Bedeutung als Kultureinrichtung und Alleinstellungsmerkmal für die Stadt Amberg sollte das Luftmuseum bzw. der Trägerverein auf Antrag

- a) der CSU-Stadtratsfraktion vom 28.10.2011 im Jahr 2012 mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 15.000 €
- b) der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 im Jahr 2012 mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 30.000 € und in den Folgejahren von jeweils 10.000 €

unterstützt werden.

Abweichend von beiden Anträgen erhält der Trägerverein ab dem Haushaltsjahr 2012 einen jährlichen Zuschuss von 10.000 € (HHSt. 0.3203.7090).

In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, Überlegungen anzustellen über die Einrichtung eines Kulturfonds zur Förderung und Unterstützung von Kunst und Kultur. Über den Einsatz bzw. die Verteilung der entsprechenden Mittel sollte der Kulturausschuss entscheiden können.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

22. Flächennutzungs- und Landschaftsplan
(HHSt. 1.6101.9490)

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.11.2011 soll der Flächennutzungs- und Landschaftsplan fortgeschrieben und das Einzelhandelsgutachten in diese Fortschreibung eingearbeitet werden.

Der Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans wurde grundsätzlich zugestimmt – vorbehaltlich der notwendigen Personalkapazität im Stadtplanungsamt.

Entsprechende Sachmittel in Höhe von 15.000 € sind im Haushaltsentwurf 2012 bereits eingeplant (HHSt. 1.6101.9490).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

23. Bildungsleitplanung / Sozialplanung

Aktuell laufen derzeit die entsprechenden Teilbereiche der Sozialplanung, insbesondere die einzelnen Schritte der Bildungsleitplanung ab.

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt hierzu mit Schreiben vom 30.10.2011

- eine Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit – mehr Transparenz im Planungsprozess,
- eine stärkere Steuerung durch die Spitze der Stadtverwaltung – nachhaltiges Aufgreifen von Handlungsansätzen als Querschnittsaufgabe durch die städtischen Ämter,
- eine Einbindung der Politik in die Bildungsleitplanung – in der Steuerungsgruppe ist die Politik bisher kaum vertreten. Daher sollte stärker darauf geachtet werden, dass Informationen besser an die Politik zurückfließen.

Fortführung der Sozialplanungsarbeit:

- Umsetzung einer Armutsanalyse im Jahr 2012,
- Beginn mit der Erstellung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts,
- Einstellung eines entsprechenden Ansatzes in den Haushalt 2012 für die AKDB-Auswertungssoftware für den Armutsbericht (HHSt. 1.4011.9350).

Im laufenden Haushaltsjahr 2011 stehen für die Sozialplanung insgesamt 50.000 € zur Verfügung (HHSt. 0.4515.6551 – siehe Hauptverwaltungs- und Finanzausschussbeschluss vom 09.11.2010 zum Haushalt 2011).

Im Haushaltsentwurf 2012 sind von der Verwaltung für den Armutsbericht bereits 20.000 € eingeplant (HHSt. 0.4011.6551).

Abweichend von dem o. g. Antrag wird die Umsetzung der Armutsanalyse 2012 zunächst zurückgestellt, bis die Ergebnisse des Instituts BASIS aus den bisher beauftragten „Paketen“ (Teilpläne) vorliegen.

Die fachspezifischen Fragen sollen als eigener Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Hauptverwaltungs- und Finanzausschusses behandelt werden.

Für die Auswertungssoftware für die kleinräumige Gliederung werden im Haushalt 2012 Mittel in Höhe von 10.000 € zweckgebunden eingestellt (HHSt. 1.4011.9350).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

24. Aufstockung der Mittel für die EDV im Jugendamt

Um den Allgemeinen Sozialdienst im Jugendamt EDV-technisch entsprechend ausstatten zu können (z.B. Erweiterung der Lizenzen), werden im Haushalt 2012 Mittel in Höhe von 20.000 € zweckgebunden im Vermögenshaushalt bereitgestellt (siehe HHSt. 1.4072.9350).

25. Verweisung von Anträgen zur Behandlung in die entsprechenden Fachausschüsse

25.1. in den Bauausschuss:

Zulassung von Einzelhäusern im Bebauungsplan „Bergsteig Mitte“.

25.2. in den Personalausschuss:

- ehrenamtliches Engagement als Einstellungskriterium bei der Stadt Amberg
- Einrichtung einer Stabstelle „Wirtschaftsförderung“
- Verbesserung der Bauüberwachung in der Stadt Amberg
- Erhöhung der Arbeitszeit der beim SJR eingesetzten Verwaltungskraft von 5 auf 10 Stunden (siehe auch Ziffer 20).

26. Ausbau der Kinderbetreuung v. a. im Bereich der 0 – 3 jährigen Kinder

Im Haushalt 2012 sind für die Schaffung neuer Kindergärten – bzw. v. a. Kinderkrippenplätze folgende Investitionszuschüsse (Teilbeträge für das Jahr 2012) planmäßig eingestellt:

150.000 € (1.4640.9881)	Kinderkrippe Studentenwerk Oberfranken / HAW
31.000 € (1.4641.9881)	Kinderkrippe Ammersricht (Restbetrag)
300.000 € (1.4644.9881)	Kindertagesstätte Klinikum St. Marien
300.000 € (1.4645.9881)	Kindertagesstätte Lebenshilfe e.V.
400.000 € (1.4647.9881)	Kindertagesstätte Fa. Siemens

Mehrere potentielle Träger (Diakonieverein Amberg e.V., Pfarrei St. Josef, Pfarrei St. Georg, Pfarrei Hl. Familie, BRK, Elternschule / Mehr-Generationenhaus) haben in letzter Zeit Absichtserklärungen zum Bau von Kinderkrippen abgegeben bzw. angefragt, ob generell im Laufe des Haushaltsjahres 2012 mit einer Förderung gerechnet werden kann, um gewisse Planungssicherheit im Hinblick auf die Finanzierung und weitere Schritte zur Realisierung zu haben.

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss erklärt hierzu – wie im letzten Jahr zum Haushalt 2011 – wieder seine grundsätzliche Bereitschaft zur Förderung, solange die Bedarfsdeckung noch nicht erreicht ist und stellt insoweit im Laufe des Haushaltsjahres 2012 auch noch entsprechende außerplanmäßige Investitionszuschüsse in Aussicht, falls diese erforderlich werden sollten.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

27. Mittelbereitstellungen aufgrund der Anforderungsliste „Anträge Dritter auf neue oder höhere Zuschüsse“ vom 10.11.2011

(siehe Anlage 2 zur Beschlussvorlage vom 09.11.2011, Nr. 002/0155/2011, zum Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss vom 17.11.2011):

27.1. Antrag der Bürgerinitiative Naherholungsgebiet Fuchsstein – Atzricht e.V. vom 27.10.2011

Für die Ausgestaltung eines landeskundlichen Rundweges im Naherholungsgebiet Fuchsstein – Atzricht (Arbeitstitel „Landschaftspark Rammertshof“) wird im Haushalt 2012 ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 5.000 € bereitgestellt (HHSt. 0.5931.7090).

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

27.2. Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes OV Amberg-Sulzbach (DKSB) vom 20.09.2011

Im Haushalt 2012 sind (wie 2011) Mittel in Höhe von 7.500 € als jährlicher Zuschuss planmäßig für den Kinderschutzbund eingestellt (HHSt. 0.4701.7180).

Wegen des erweiterten Tätigkeitsumfangs und neuer Kinderschutzprojekte (insbesondere für Kinder, die in Trennungs- und Scheidungssituationen aufwachsen) wurde beantragt, den Zuschuss auf 10.000 € aufzustocken.

Um derartige Angebote bzw. Leistungen bezuschussen zu können, wurden, wie erstmals im Haushalt 2011, auch im Haushalt 2012 wieder die „Projektmittel Jugendarbeit“ in Höhe von 2.500 € planmäßig eingestellt (HHSt. 0.4701.7181). Diese Mittel können vom Jugendamt jeweils im Einzelfall nach Prüfung des entsprechenden Projekts an den Maßnahmenträger vergeben und nach Vorlage von Verwendungsnachweisen abgerechnet werden.

Der Antrag vom 20.09.2011 auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses von 7.500 € auf 10.000 € wird deshalb abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis 0 : 10)

27.3. Bei den übrigen Anträgen bleibt es bei den bereits planmäßig im Haushaltsentwurf 2012 eingestellten Beträgen. Weitere Mittelbereitstellungen aufgrund der Anforderungsliste vom 10.11.2011 erfolgen nicht.

28. Empfehlung an den Stadtrat

Der Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat,

- 28.1. den fortgeschriebenen Haushalt 2012 sowie die fortgeschriebene Finanzplanung 2013 – 2015 der Stadt Amberg zu beschließen.

Der Haushalt 2012 und die Finanzplanung 2013 – 2015 sind jeweils ausgeglichen und schließen im Einzelnen wie folgt ab:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
2012	95.289.575 €	21.584.002 €
2013	99.295.565 €	17.774.702 €
2014	101.682.465 €	15.084.904 €
2015	104.013.365 €	14.665.604 €

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

- 28.2. den Haushalt 2012 sowie die Finanzplanung 2013 – 2015 der Otto-Karl-Schulz-Stiftung in der Fassung des Entwurfs vom 14.11.2011 zu beschließen.

(Abstimmungsergebnis 10 : 0)

- 28.3 Die Entscheidung über den Haushalt Bürgerspital wird zurückgestellt. Die Entscheidung wird nach nochmaliger Vorberatung im Stiftungsausschuss in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

Anlage: Veränderungsliste Stand: 17.11.2011 (zu TOP 28.1)

Abdruck an OB, Ref. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 1.10.26, RP

6.2, 5.4, 5.1, 3.2, 5.3, 4.1, 4.3, Stadtwerke, 6.1, 6.5, 2.3, Gewerbebau, 4.2, EDV, 1.1, 2.4, 2.1